

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54

Sonnabend, den 8. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-  
Abteilung Moritzplatz 11753-54

## Die Entscheidung verzögert sich.

Aus Genf wird berichtet, daß die für Ende dieser Woche erwartete Entscheidung des Völkerbundes über Oberschlesien noch mehrere Tage auf sich warten lassen werde, weil sie einmal in ihren Einzelheiten noch nicht feststehe, und weil man dem Obersten Rat die Rücksicht schuldig zu sein glaubt, ihm die Entscheidung vor ihrer Veröffentlichung vorzulegen, zumal er erklärt hat, sie als bindend anzuerkennen.

Nun hat noch in letzter Stunde die polnische Agitation sich darauf berufen, daß in Oberschlesien 781 polnische und nur 168 deutsche Betriebsräte gewählt worden sind. Man verschweigt dabei sorgfältig, daß dies nur Teilergebnisse sind, daß bisher 858 Polen 706 Deutschen gegenüberstanden haben, daß durch den polnischen Terror, besonders im Ploß-Rybniker Revier, tausende Arbeiter von der Arbeits- und Wahlstätte ferngehalten worden sind, daß das deutsch-polnische Verhältnis bei den Wahlen der Fabrikarbeiter 108 : 5, der Sägewerke 70 : 30 und der Zimmerer 35 : 0 beträgt.

Endlich ist auch sehr zu bedenken, daß die Betriebsratswahlen von der Frage der Zukunft Oberschlesiens ganz unbeeinträchtigt waren, und daß dabei natürlich so mancher Arbeiter, der gar nicht daran denkt, zu Polen zu wollen, einen polnischen Kandidaten wählt, weil er meint, daß dieser gegenüber der Direction der Schärferer sein werde.

### Letzter Appell der Gewerkschaften.

Der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Katowitz sandte folgendes Telegramm an den Generalsekretär des Völkerbundes Drummond:

Die immer schwerer sich gestaltende Lage, besonders in der weiterverarbeitenden und in der Bauindustrie, veranlaßt die Kartellvorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der im Bezirk Oberschlesien 135 000 Mitglieder umfasst, am 6. Oktober in einer Besprechung die Ursachen dieser Krise und die Möglichkeit ihrer Beseitigung zu untersuchen. Uebereinstimmend ist man zu der Ansicht gelangt, daß die Ursachen außer in der allgemeinen europäischen Depression in erster Linie in der Ungewißheit über das zukünftige Schicksal des Landes liegen. Nur mit Hilfe größerer Regierungsaufträge war es bisher möglich, die ober-schlesische Industrie vor dem Zusammenbruch zu bewahren, der unausweichlich ist, wenn die Entscheidung nicht sobald wie möglich getroffen wird. Wir geben hierbei der Ueberzeugung Ausdruck, daß die ober-schlesische Industrie ein unteilbares Ganzes ist. Eine politische Grenze in diesem Gebiet muß die Produktionsfähigkeit der Betriebe auf das Schwerste erschüttern und ihre Bestands- und Entwicklungsmöglichkeit vollkommen in Frage stellen. Wir verlangen deshalb die

Anerkennung des Grundgesetzes der Unteilbarkeit des Industriegebietes. Diese Erkenntnis läßt sich aber nicht allein durch das Studium mehr oder minder gefährlicher wirtschaftlicher Werke, durch die Vernehmung noch so herbeizugewinnender Kenner des Landes gewinnen, sie kann nur aus der eigenen Erkenntnis der Dinge geschöpft werden.

Wir richten deshalb an den hohen Völkerbundsrat die dringendste Bitte, vor der Entscheidung über die Grenzen des Landes durch berufene Sachverständige die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu untersuchen.

Im Interesse der ober-schlesischen Industrie, die ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Wirtschaft ist, und im Interesse der ober-schlesischen Arbeiterschaft erwarten wir nach dieser Untersuchung die sofortige Entscheidung über die politische Zugehörigkeit des Landes.

### Französische Stimmen zum Abkommen.

Paris, 8. Oktober. (WIZ.) Ueber das Abkommen von Wiesbaden schreibt der Abg. Blum im „Populaire“, das Abkommen sei nicht nur das erste Anzeichen für eine Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland, sondern auch der erste Triumph der Politik von Amsterdham.

Paris, 8. Oktober. (EE.) Das „Journal“ erfährt heute, daß in Wiesbaden keinerlei Abkommen über die französische Einfuhr nach Deutschland getroffen worden sei. Für den Augenblick werde es jedoch genügen, wenn das Komitee, das seit der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen in Mainz weilt, darüber wache, daß die deutschen Ein- und Ausfuhrerzeugnisse unmittelbar zugeteilt werden.

Das Blatt erklärt sich mit den bekannten Abmachungen durchaus einverstanden, es befürchtet nur, daß auch Rathenau, der mit Dr. Wirth eines Sinnes sei, ebenfalls isoliert dastehen und nicht die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich haben werde.

Die Betrachtungen der Blätter über die getroffenen Abmachungen äußern sich

durchaus zustimmend,

auch Berliner im „Echo de Paris“; er fügt hinzu, daß das Reparationsproblem vom politischen Gesichtspunkt aus keinerlei Bedeutung erfahren habe. Jetzt wisse man auch nur, wie Deutschland beglichen werde, aber man habe noch immer nicht die Sicherheit, daß es zahlen werde.

Der Pariser EE-Berichter meint, mit der Politik der Sanktionen sei nicht mehr zu rechnen, denn die wenigen kurzen Erklärungen, die Loucheur französischen Zeitungsvertretern gab, laufen darauf hinaus, daß man nunmehr die Periode der Drohungen und Zwangsmassnahmen überwunden habe. — Dieser Schluß des EE-Berichters scheint uns etwas voreilig zu sein.

Briand wird morgen in St. Nazaire eine große politische Rede halten. Eine Pariser Agentur glaubt zu wissen, daß Briand die Absicht habe, den Frieden von Versailles und seine Anwendung zu kommentieren. Die Fragen der Reparation und der deutschen Zahlungen würde er ebenfalls erörtern.

### Englische Befriedigung.

London, 7. Oktober. (EE.) Die „Westminster Gazette“ erklärt zum Abkommen Loucheur-Rathenau, man habe den Gedanken ausgesprochen, daß Frankreich auf dem Rücken seiner Alliierten arbeite, wenn es direkt mit Deutschland verhandelt, andererseits hätte man erklärt, daß Loucheur England eine Lehre erteilen wolle, indem er zeigte, wohin man käme, wenn Frankreich vor seinen Alliierten nicht das erzielte, was es fordern zu dürfen glaube. Frankreich handele klug, wenn es eine Rückversicherung für den Fall suche, daß Deutschland in der Reparationsfrage Bankrott mache, und Frankreich habe sein Recht strikt ausgeübt. In der europäischen Politik müsse am meisten befürchtet werden, daß die Streitfrage zwischen Frankreich und Deutschland offen bleiben könnte, was zu der größten Konfusion in der Welt beitragen könne. Aber nunmehr sei bewiesen, daß die beiden Länder zusammenarbeiten wollen, und diese Tatsache müsse von allen begrüßt werden.

## Armenrentner!

Nur die Sozialdemokratie ist stets für Eure berechtigten Interessen eingetreten und war in der Stadtverwaltung bemüht, Eure Notlage zu lindern. Wählt am 16. Oktober SPD.

### Englands Arbeitskrise.

London, 7. Oktober. (WIZ.) Der Generalrat des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, der Nationale Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei und die Parlamentarische Arbeiterpartei hielten heute eine gemeinsame Sitzung ab, auf der die Einladung Lloyd Georges an die Arbeiterschaft, mit der Regierung bei der Lösung des Arbeitslosenproblems zusammenzuarbeiten, erörtert wurde. Der Kongreß beschloß, sechs Vertreter zu ernennen, um der Regierung die Vorschläge der Arbeiterschaft zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit zu erklären und die Regierungsvorschläge zu prüfen. Die Arbeitervertreter sollen jedoch nicht Mitglied irgendeines gemeinsamen Ausschusses sein. Der Kongreß war der Ansicht, daß seine Vertreter für die schließlich von der Regierung angenommene Politik nie verantwortlich gemacht werden können. Lloyd George wurde ein Protest gegen die Verzögerung der Beratungen bis zur nächsten Woche übersandt. Dem von der Arbeiterkonferenz ernannten Ausschuß gehört auch Henderson an.

### Deutschösterreich in Erwartung.

Wien, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Einige christlichsozialen Rufen in der Bundesregierung sind durch Frostzeit erseht. Heeresminister ist der unpolitische Oberst Wächter geworden.

Die königlich ungarischen Banden greifen nun schon den Deutsch-österreichischen Grenzschutz an und vergrößern unter den Augen der Entente generelle in Debenburg durch ein geregeltes Aushebungsverfahren ihre Truppen. Die italienische Vermittlung, die auf einer Konferenz in Venedig versucht worden soll, rückt nicht von der Stelle. Zwischen aber erschüttern gewissenlose Menschen das arme Land, das von den Voluturen aller Staaten bis aufs letzte ausgekauft wird, noch von innen heraus. So hinverbrannt es ist, so wird doch auf einen länderweiten Anschlag — nicht an das Deutsche Reich, sondern an Bayern hingearbeitet, und aus Trolol kommt die Nachricht, daß besonders der Koppistenmajor Pöbstl unter dem Namen Peter sich an dieser Agitation beteiligt. Selbstverständlich steht im Hintergrunde dieser Treibereien die Absicht, ein bayerisch-österreichisch-ungarisch-katholisches König- oder gar Kaiserium zu errichten. Aber die sozialdemokratische Organisation Wiens hat bereits vor längerer Zeit für alle Möglichkeiten durch ihren Ordnerdienst Vorkehrung getroffen.

### Foch in Nordamerika.

Paris, 8. Oktober. (EE.) Marshall Foch wird am 28. Oktober in New York eintreffen, dann in Washington Harding seine Aufwartung machen. Am 30. Oktober fährt er nach Kansas-City, um der Jahresversammlung der „Amerikanischen Legion“, einer nationalistischen Kriegervereinigung, beizuwohnen. Sodann wird er Indianapolis, St. Louis, Chicago, Detroit, Cleveland, Pittsburg besuchen und am 11. November nach Washington zurückkehren, um der Bestattung des unbekanntem Soldaten beizuwohnen.

Die neue Islandskonferenz. Die Sinnfeindvertreter werden am Sonnabend nachmittag in London eintreffen. Sie werden nicht die Gäste der englischen Regierung sein, sondern selbst für ihre Unter-tunft sorgen.

## Das Elend des Mittelstandes.

Die langsam fortschreitende Spannung zwischen Ware und Geldwert blieb vor dem Kriege der breiten Öffentlichkeit so gut wie verborgen. Auch während des Krieges trat der Kern des Problems infolge der Seltenheit der Ware nicht in den Vordergrund. Erst heute liegt die Frage offen wie eine blutende Wunde. Wer sich nicht auf produktive Sachwerte stützen kann, ist auf Geldwerte angewiesen, ist Proletarier. Die Geldwerte sind schwankender Boden. Je größer die Differenz zwischen Geldwert und Goldwert, desto geringer der Wert des Geldes, desto mehr Geld gehört dazu, um Ware zu kaufen. Je teurer die Ware, desto teurer muß der Arbeiter seine Arbeitskraft verkaufen. Je teurer die Arbeitskraft, desto sparsamer geht der Arbeitgeber mit der Arbeit um. Es beginnt jener Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der dem Handarbeiter so gut bekannt ist und der dem Kopfarbeiter des Mittelstandes etwas Neues bedeutet. Er ist unvorhergesehen, gerät ins Hintertreffen. Nichts ist unangebrachter als sein Murren über die ungerechte Bevorzugung des Handarbeiters. Er nimmt eine falsche Front ein, wie er es vor dem Kriege schon tat. Nicht links, rechts steht der Feind. Vor dem Kriege verbündete sich der Mann aus dem Mittelstande mit dem Kapital, weil es ihm eine verhältnismäßig angenehme Lebensbasis gab. Es wäre falsch, heute, wo ihm das Kapital diese Vorzugstellung nicht mehr zu bieten vermag, mit dem Knüttel nach links zu schlagen. Auf gewisse Kreise mag es verwirrend wirken, wenn ein heftiger Erzberger und die Resolution für Wirtschaftsniedergang und Marktsturz verantwortlich macht. An der Tatsache kann auch er nicht vorbei, daß das Gesetz vom 4. August 1914, das der Geldwirtschaft den festen Boden der Goldwährung entzog, und die Verwässerung der Banknotenwirtschaft durch die Wirtschaft mit Reichsdarlehnscheinen die Voraussetzung für das heutige Elend sind. Damit begann die Tragödie aller derer, die lediglich auf Geldwerte angewiesen sind. Damit begann vor allem die Tragödie des Mittelstandes, der nicht auf den Kampf zwischen Kapital und Arbeit eingestellt war, mag es sich um Handwerker, Beamte oder Akademiker handeln.

Am klarsten ergibt sich dieses Widerspiel von Ursache und Wirkung bei denen, die ihre Arbeitskraft nicht mehr in die Waagschale werfen können: bei den Invaliden- und Altersrentnern, den Waisen, Unfallverletzten und jenen kleinen Kapitalrentnern, die sich vor dem Kriege ein kleines Vermögen zusammenparten, um im Alter sorgenfrei leben zu können. Wir kennen die Renten der Invaliden und Verstümmelten vor dem Kriege; sie waren täglich genug und schützten kaum vor der bittersten Not. Was sollen aber heute alle die Kategorien tun, deren Kapital und Zinsertrag sich nicht vergrößert, während das Geld in seinem Wert immer mehr sinkt. Es handelt sich um einen Kreis von Menschen, deren Zahl gemeinhin unterschätzt wird. Renten inkl. Beihilfen und Zulagen erhalten 1 300 000 Invaliden und Altersrentner, 1 200 000 Waisen und 900 000 Unfallverletzte. Außerdem schätzt der „Deutsche Rentnerbund“ die Zahl der kleinen Kapitalrentner, die in bedürftigen, wirtschaftlich durchaus unzureichenden Verhältnissen leben, auf 200 000. Darunter befinden sich 20 Proz. mit einem jährlichen Einkommen unter 1000 M., weitere 15 Proz. mit einem solchen von 1000—2000 M. und weitere 20 Proz. mit einem Jahreseinkommen von 2000—3000 M. Von den dem „Deutschen Rentnerbund“ angehörigen 100 000 Mitgliedern sind höchstens 10 Proz. im Besitze eines jährlichen Einkommens von über 5000 M. Auch hier trifft sich Proletariat und ehemaliger Mittelstand in seiner Not. Auch hier zeigt sich, wie falsch die Einteilung Oberschicht, Mittelstand und Proletariat war. Tatsächlich gibt es nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Denen, die heute noch in der Privatindustrie ein verhältnismäßig gutes Auskommen haben, gelte diese Melodie noch immer unanft in die Ohren. Was aber, wenn das Alter und die Hemmungslosigkeit des Privatkapitals sie aus den Kontoren jagt und sie sehen müssen, daß die Ungunst der Verhältnisse auch sie in das Lager jener Verlagenwerten schießt, die sich heute als betrogene Gläubiger des ehemals verteidigten Kapitalismus fühlen? Wer ehrlich ist, kommt um die Frage nicht herum: „Gibt es nichts Besseres als dieses System des Privatkapitalismus, das Menschen ausbeutet und hilflos liegen läßt, wenn sie ausgebeutet sind; gibt es nicht noch etwas anderes als dieses System, das die Geldwerte der Sparrer gebraucht, um in die Höhe zu klettern, und jede Verantwortung ablehnt, wenn sich das Verhältnis zwischen Geldwert und Sachwert verschiebt? Hastet nicht das Reich als Ganzes mit allen Sachwerten für das Wohl und Wehe aller Mitbürger? Wie ist es möglich, daß einzelne Wenige (und es wird ein immer kleinerer Kreis von Besitzern) für sich die Ruhniegung der Sachwerte in Anspruch nehmen, während die Masse der Vielen sinkt, sinkt, verfunkt...“ Hier zeigt sich, in dem Brennpunkt der Klein-

rentnerfrage gesammelt, das Problem als Ganzes. Die Frage Mittelstand oder Proletariat löst aus, an ihre Stelle tritt die eine große Lebens- und Bewusstseinsfrage: Kapitalismus oder Sozialismus, Haftung aller für alle oder Haftung vieler für wenige. Die Rot lehrt beides, gewiß, aber die Rot lehrt auch sehen. Und wer einmal in die Rot dieses Rentnerelends (es gibt keinen Bewusstseinsunterschied mehr zwischen Proletarierrentnern und Mittelstandsrentnern) wachen Auges hineingeschaut hat, dessen Bewußtsein bäumt sich gegen eine Weltordnung, in der zwar Christentum und Nächstenliebe gepredigt wird, in der es aber keine Möglichkeit gibt, das Vermögen der Gesamtion verantwortlich zu machen, wenn ein ganzer Volksteil Hungers stirbt.

Kein wir zu den Rentnern zurück. Ist Hilfe möglich? Die Antwort eines Anhängers der freien Wirtschaft, der Privatwirtschaft, die Antwort jener Manchesterleute, die dem freien Spiel der Kräfte das Wort reden, kann nur hart und eindeutig lauten: „Nein! Hilf dir selbst! Es ist dein eigenes Unglück, wenn du falsch spekulierst hast. Uns geht das nichts an.“ Es ist die Antwort jener Leute, die den Menschen nur nach seiner Arbeitskraft einschätzen und auf die Strafe sehen, wenn er verbraucht ist. Sie müssen diese Antwort geben, denn sie wollen vor allem verdienen. Für sie ist der ganze Produktionsprozeß in erster Linie eine Verdienstmöglichkeit. Alle sozialen Fortschritte, sofern sie ihnen einseitig Lasten auferlegen, müssen ihnen naturnotwendig abgerungen werden.

Das Rein des Privatkapitals wird den hilfesuchenden Rentnern nicht entgegenschaffen. Wenn auch scheinbar die Lage der verelendenden Stände nach dem Kriege schlechter geworden ist, so bürgt doch die soziale Revolution dafür, daß ihnen weit größere Hilfsquellen offenstehen, als es unter einer rein privatkapitalistischen Regierung der Fall sein könnte. Den Invaliden und Krüppeln, den Waisen und Verwundeten, deren Bezugserhöhungen mit der Geldentwertung nicht Schritt gehalten haben, ihrer wird sich der Reichstag annehmen. Den kleinen Kapitalrentnern, die nicht einmal mehr von der Hand in den Mund leben können, auch ihnen wird geholfen werden. Eine bei ihnen sinnlose Vermögensabgabe muß verschwinden. Sie, die ihr Leben noch nicht einmal aus Eigenem fristen können, dürfen nicht nur nicht mit Steuern belästigt werden, sondern auch sie müssen an den Zuschüssen des Reiches teilhaben, die auch anderen Bedürftigen zutreffen. Hier vor allem muß jener Geist einfließen, der das Gesamtvermögen für das Wohlergehen der ganzen Nation verantwortlich macht. Aber wenn ihnen geholfen wird, so haben sie das lediglich dem Aufstieg der sozialistischen Parteien zu verdanken und das eine darf nicht aus den Augen gelassen werden: Gleiches Menschenrecht und ganzes Menschenrecht auf ein autökonomisches Leben, das Recht der Gesamtheit auf gesunde Verhältnisse, ehe der einzelne seine Ansprüche über das Mittelmaß erhebt, gibt es nur im sozialistischen Gemeinheitsstaat.

## Volkspartei und Goldwertfassung.

In der „Nationalliberalen Korrespondenz“, dem offiziellen Presseorgan der Deutschen Volkspartei, finden wir die folgende, außerordentlich bemerkenswerte Notiz: In der rechtsgerichteten Provinzpresse wird der Forderung gegen die Deutsche Volkspartei systematisch fortgesetzt. Zu der gestern als lägenhaft gekennzeichneten Behauptung, Dr. Stresemann befände sich in Meinungsverschiedenheiten mit der Fraktion, tritt jetzt die Meldung, die Deutsche Volkspartei sei bereit, der sogenannten Erfassung der Goldwerte zuzustimmen. Auch diese Nachricht wird von einer zentralen Stelle in Berlin in einer ganzen Anzahl von Provinzblättern untergebracht. Sie ist aus der Luft gegriffen, da — wie allgemein bekannt ist — die Deutsche Volkspartei in der von der Sozialdemokratie beabsichtigten Erfassung der Goldwerte keine annehmbare Form der Bestätigung erteilt.

## Kaimund: „Die gefesselte Phantastie“.

(Schauspielhaus.)

Karl Eitlinger, ein früheres Mitglied des Deutschen Theaters, der in der Aufführung des hierseigenen, abwechselnd närrischen und sentimental-harfenistischen des Kaimunds Zauberspiels gab, hat das Stück bearbeitet und es als Regisseur mit künstlerischem Feingefühl inszeniert. Die von Fritz Kottel unter Benützung alter Schabertischer Weisen komponierte Musik umwoh das Ganze mit einem stimmungsvollen Rahmen. Die Komik und der leichte harmlose spielerische Geist altwägenischer Zeiten kam zu lebendigem Ausdruck.

Das Stück eines der späteren Kaimunds, Ende der 1820er Jahre geschrieben und erst wenig beachtet, knüpft an Traditionen der beliebten Wiener Zauberpöste an und wendet sie ins Allegorische. Man spürt in der Verherrlichung der Phantastie den Einfluß der Romantik, die aus der Prosa dumpfen Alltagslebens gerne in Märchenwelten flüchtet und sich in diesen ihren Träumereien selber spottend ironisiert. Ein Ton transzienter Wehmüt mischt sich ein. Kaimunds selbstquälerischer Geist war sich bewußt, daß die Göttin, der er huldigt, ihn selbst mit Gaben nicht allzu reichlich ausgestattet. Seine Einfälle strömen nicht, sie fließen nur. In den Klagen der Poeten auf der Dichtersinsel, die nach Fesselung der Göttin durch ein grotesk-grüßliches Schwefelsternpaar, vergebens ihr Gehirn zermartern, ein würdiges Festspiel auf Hermione, des Reiches Fürstin, zu erklingen, klingt vernehmlich auch ein Schmerzenshauch des eigenen Unvermögens an.

Ein Schöpfer, der sich später dann nach Märchenrecht als Prinz entpuppt, hat durch besonders wundervolle Verse die Kunst der Königin gewonnen. Am Vertrauen, daß er beim Wettbewerb den süßlich-laden Hofpoeten und alle anderen Kollegen überflügeln werde, erklärt sie feierlich, daß sie demjenigen die Hand zum ewigen Bunde reichen werde, der an dem nächsten Abend sie mit dem schönsten Preisgefange erfreue. Indes, die beiden schlimmsten Schwefelstern Berta und Arrogantia, die die häßliche Bosheit und Niedertracht der Profanwelt verkörpern (von Ufa Wagner und Paula Conrad in ulkig-übertriebener altjüngferlicher Karikatur sehr glücklich dargestellt), sinnen Unheil. Sie attackieren die Göttin Phantastie, die Schutzhelme der Poeten, und liefern sie dem armen, verlassenen Harfenisten als Beute aus. Sie soll ihm ein Poem diktieren, das alle anderen auslöst und ihn der Königin als Gatten aufzwingt. Die reizvoll düstige Szenerie der Dichtersinsel mit einem Baumchen, in dessen leicht geneigtem Stamm Lyrafalten ausgehakt sind — wie alle anderen Dekorationen nach Entwürfen von Hans Ehlers —, gab gleich dem ersten Bilde einen Hintergrund, der zu willkürlich Mitgehen einladet. Wehmüt stimmungsvoll malerische Kunst unterstützte die Szenen in der Waldschänke, wo der Harfenist in rührendem Gesang der eigenen schönen Kinderszeit und seiner stolzen Hoffnungen gedenkt, um dann den Schwarm der Gäste wie üblich mit platten Gassenhauern und Schnoddaßpötern zu belustigen. Hier war Herr Eitlinger vortrefflich. Dieses Lieb in-

Die Energie, mit der die Deutsche Volkspartei von einer gerechten Besteuerung abrückt, verdient beachtet zu werden. Welch großen Wert die Deutsche Volkspartei auf ihren Standpunkt in dieser Angelegenheit legt, beweist die Ueberschrift: „Bessere systematische Unwahrheiten“, die sie dieser Notiz gibt.

## Ein Kapitel rheinischer Wirtschaftsnote.

Die wirtschaftlichen Sanktionen sind nun endlich aufgehoben. Das Rheinland darf wieder in ungehinderten Wirtschaftsverkehr mit dem Reich treten. Die Bunden jedoch, die seit Mitte März dieses Jahres der rheinischen Industrie durch die Abdrosselung von seinem Hauptabfluß- und Rohstoffgebiet zugefügt worden sind, werden nur langsam vernarben können. Ganz lassen sich die Folgen möglicherweise nicht beseitigen, denn die rheinische Wirtschaft muß abgerissene Verbindungen wieder aufzunehmen versuchen und den während der siebenmonatigen Strangulierung verlorenen Teil ihres Absatzmarktes neu zu gewinnen trachten. Die schweren wirtschaftlichen Schäden, die der Arbeiterkampf im besetzten Gebiet aus Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Betriebsstilllegung und Unterernährung infolge von unglaublicher Verteuerung der notwendigen Lebenshaltung zugefügt worden sind, sind kaum wieder gutzumachen.

Im Verlag der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Wirtschaft ist soeben eine Broschüre von Erich Köhler erschienen, in der dieser seine Beobachtungen über die Wirkungen der Sanktionen auf Reisen kreuz und quer durch das besetzte Gebiet niedergelegt hat. Es ist die einzige Druckschrift, die über diesen Gegenstand in Deutschland existiert. Wenn die wirtschaftlichen Sanktionen nicht eben aufgehoben worden wären, müßte man diese Schrift als Anlage in allen deutschen Zeitungen ungekürzt abdrucken.

Aber die militärischen Sanktionen bestehen noch ohne jeden Rechtsgrund fort. Düsseldorf, Duisburg-Ruhrort, mit dem für das rheinisch-westfälische Industriegebiet unentbehrlichen Hafen, dem größten Binnenhafen der Welt, der vor dem Kriege etwa doppelt soviel Gütertonnen Umschlag hatte als der Hamburger Hafen, sind noch fest in den Händen fremder Soldaten. Unter militärischem Schutz arbeitet ein weitverzweigtes Netz der französischen Handelsplionage und spinnt seine Fäden bis ins unbesetzte Industriegebiet hinein. Der Übergang zur offenen Kontrolle und offenen organisierten Registrierung der wirtschaftlichen und technischen Betriebsangelegenheiten durch französische Industrieoffiziere ist erst unlängst durch einen entschiedenen Vorstoß der rheinischen Gewerkschaften verhindert worden.

Noch immer stehen an 150 000 Mann fremder Soldaten im Rheinland, davon allein annähernd 25 000 Mann in Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort. Die Städte müssen Söte und Schulen als Unterkunftsquartiere hergeben. In Duisburg ist zeitweise annähernd die Hälfte der Schüler ohne Unterricht geblieben. Die Quartierelassen sind unerhört drückend. Nach einer Berechnung aus französischer Quelle soll Deutschland im Jahre 1921 etwa 120 Milliarden Mark für die Besatzungstruppen aufbringen müssen. Das wäre auf den Kopf der Bevölkerung 2000 M.; diese Angaben stimmen übrigens mit der Gotmarberechnung der Reparationskommission überein. Im Interesse des Rechts muß die sofortige Aufhebung der militärischen Sanktionen und im Interesse der Wiedergutmachungsfähigkeit Deutschlands muß der schnelle Abzug des Besatzungsheeres gefordert werden. Das sind offene Bunden und schwere Gefahren für die Befriedung Europas. Köhler schreibt von dem „ungebändigten, schrankenlosen Haß gegen Frankreich, der das Rheinland durchglüht, und der für einen passivistisch gestimmten Sozialisten geradezu etwas Erschreckendes hat“. Auch auf dem Östlicher Parteitag ist durch die Resolution Solmann vor den Folgen der Bedrückung des Rheinlandes ernst gewarnt worden.

## Staffelung der Eisenbahntarife.

Anregungen der SPD-Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat an das Reichsverkehrsministerium die folgende Angabe gesendet:

Nach uns zugegangenen Mitteilungen werden die Personentarife der Reichsbahn in Bälde um weitere 30 bis 35 Proz. erhöht.

Die Energie, mit der die Deutsche Volkspartei von einer gerechten Besteuerung abrückt, verdient beachtet zu werden. Welch großen Wert die Deutsche Volkspartei auf ihren Standpunkt in dieser Angelegenheit legt, beweist die Ueberschrift: „Bessere systematische Unwahrheiten“, die sie dieser Notiz gibt.

Im Märchenhause. An der großen Heeresstraße, die von Thüringen kommend über Kassel nach Würzburg und Frankfurt führt, steht genau eine Meile von Kassel ein einsames Gasthaus mit einer Brauerei. Sein Epitheton ist „die Knallhütte“, weil ebendort die Fuhrleute hier, um Vorkapen zu bestellen, mit der Beische knallen.

In diesem Hause wurde 1753 die spätere Schneiderrin Katharina Dorothea Viehmann aus Niederröhren geboren, die den Brüdern Grimm, die Bibliothekare in Kassel waren, die schönsten Märchen des zweiten Bandes überlieferte. Wilhelm Grimm berichtet von ihr, daß ihr die Gabe des Erzählens in reichstem Maße verliehen war. Sie erzählte die schönsten Märchen fließend und schnell, dann auf Wunsch langsamer und zwar so, daß bei einiger Uebung gut mitgeschrieben werden konnte. Ihr Bildnis, wie es Ludwig Grimm von einer Radierung aufnahm, ist in Medaillen an dem Kasseler Wohnhaus der Brüder Grimm festgehalten.

Der Vater dieser Frau Viehmann, die 1815 in den dürftigsten Verhältnissen starb, war Wirt der „Knallhütte“. Er hieß Jean Isaac Pieson und stammte aus Reg. Nach der Aufhebung des Edikts von Nantes waren seine Vorfahren nach Hessen gewandert. Das Töchterchen war freis die Oberste in der Schule von Rengershausen. Aufmerksam folgte es den Erzählungen der Fuhrleute, die in der väterlichen Wirtschaft ausspannten. Nach heute sind darin die alten Tischchen und Bänke erhalten. Die Tische lassen sich zusammenklappen und an Haken der Wände befestigen, während die Bänke nach unten zusammengeklappt werden. Abends wurden die Tische hochgehockt. Strohhalm in die Wirtstube, die Bänke dienten als Kopfpolster und fertig war die Herberge.

Neuerdings ist nun festgestellt worden, daß verschiedene der Grimmschen Märchen keine echt deutschen oder heffischen sind. Sie haben vielmehr, wie das vom Ritter Blaubart, französisches Wesen, und ein Göttinger Literaturforscher hat die Spur gefunden, indem er die Geschichte der Famille Pieson nach Frankreich zurück verfolgte. Aber die Märchen sind ja überhaupt wahrhaft internationales Gut, das bei vielen Völkern wiederkehrt und nur immer neu gefaßt ist. R. H.

Doch wir die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme mit Rücksicht auf die sofortige Deckung der entfallenden Mehraufwendungen der Reichsbahn durchaus anerkennen, müssen wir uns doch mit aller Entschiedenheit dagegen wehren, daß die Fahrpreise, genau wie das letzte Mal, auch jetzt wieder generell in allen Wagenklassen die gleiche Erhöhung erfahren.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und ist mit Rücksicht auf die Verhältnisse, unter denen insbesondere die minderbemittelten Volksschichten zu leiden haben, der Auffassung, daß bei der diesmaligen Erhöhung der Fahrpreise unter allen Umständen eine Staffelung hergestellt eintreten muß, daß die finanzielle Belastungsfähigkeit des einzelnen Reisenden berücksichtigt wird. Dies kann geschehen, wenn nachstehende Vorschläge durchgeführt werden.

### Wochenfahrkarten:

Wir stellen anheim, von einer Erhöhung ganz abzugehen, weil die letzte Erhöhung der Preise der Wochenfahrkarten von 200 bis 200 Proz. eine ungewöhnlich und unerträglich hohe war.

### IV. Wagenklasse:

Die Preise für diese Wagenklasse wurden bei der letzten Tarifänderung um 40 bis 50 Proz. erhöht. Es muß deshalb verlangt werden, daß an Stelle der beabsichtigten 30 bis 35 prozentigen Erhöhung eine solche von höchstens 10 Proz. durchgeführt wird.

### III. Wagenklasse:

Hier schlagen wir vor, die Preise nur um 25 Proz. zu erhöhen. Wie im Norden des Reiches, so müssen auch im Süden für den täglichen Verkehr beschleunigte Personenzüge oder wenigstens Sitzzüge mit allen Wagenklassen und ohne Zuschläge gefordert werden. Insbesondere trifft dies für Baden zu.

### II. und I. Wagenklasse:

Nach unseren Beobachtungen beim täglichen Verkehr war auch nach der letzten starken Tarifserhöhung ein Rückgang in der Besetzung dieser beiden Wagenklassen nicht zu verzeichnen. Im Gegenteil, diese Wagenklassen sind heute zum großen Teil überfüllt, nicht nur mit Reisenden des In-, sondern zu einem erheblichen Teil mit solchen des Auslandes, so daß hier eine schärfere Heranziehung zur Ausbringung der erforderlichen Mittel unter allen Umständen gefordert werden muß.

Eine Erhöhung der Fahrpreise um 40 Proz. in der II. und um 50 Proz. in der I. Wagenklasse erscheint durchaus gerechtfertigt.

## Zeitgemäße Richtererziehung.

Am Freitag, den 14. Oktober, beginnt eine Vortragsreihe für Richter und Staatsanwälte des Kammergerichtsbezirks, in der eine Reihe von Juristen und Politikern über praktische Rechts- und Wirtschaftspragen der Gegenwart spricht. Ueberblickt man die Namen der Vortragenden, so kann über den Charakter der Kurse nicht der leiseste Zweifel bestehen. Daß man den Berliner Völkerrechtslehrer Triepel über das Thema „Glossen zur preussischen Verfassung“ sprechen läßt, wirkt selbst wie eine Glosse über diesen Herrn, dessen reaktionär-monarchistische Einstellung ihn schon während des Krieges zu einem Schreden für die echte Völkerrechtswissenschaft machte. Ueber Herrn Köstke braucht man kein Wort zu verlieren. Genannt ist ferner Dr. Janny, der über die „Möglichkeiten wirtschaftlichen Verkehrs zwischen Deutschland und Rußland“ sprechen wird. Janny gehört in den Kreis der wenig erfreulichen Bolschewistenliteratur, so daß die Behandlung gerade dieses Themas aus diesem Munde als eine Verhöhnung der Wirtschaftsan näherungen zwischen Deutschland und Rußland wirken muß. Ferner spricht der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Presse, Heinrich Rippler, der sich erst kürzlich durch seine vulgär-antisemitischen Ausführungen um den letzten Rest des Ansehens der deutschen Presse brachte. Zu den Rednern gehört schließlich der Deutschnationale Professor Hoehsch.

Bei der bekannnten politischen Mentalität unserer Richter braucht man sich nicht zu wundern, wenn sie es vorziehen, sich über Fragen der Republik von den größten Feinden der Republik belehren zu lassen. Die Angelegenheit gewinnt jedoch dadurch ein öffentliches Interesse, daß die Teilnehmerorten im Präsidialgebäude des Kammergerichts abzuhalten sind, woraus der Schluß zu ziehen ist, daß sich die Kurse an höherer Stelle, d. h. beim preussischen Justizminister, besonderer Sympathie und Förderung erfreuen. Es besteht begründete Vermutung zu der Annahme, daß Kurse von Republikanern nicht die gleiche Unterstützung zu gewärtigen hätten.

Neue Fundstätten der Steinzeit. Der bekannte Prähistoriker Dr. D. Hauser veröffentlicht in der „Umchau“ einen außerordentlich interessanten Bericht, in dem er betont, daß wir in Deutschland mindestens ebenso interessante Siedlungen aus der Steinzeit finden wie in Frankreich, wenn wir uns nur die Mühe machen wollen, sie zu suchen. Er hat in dem Gebiet von Halle a. d. S. bis zum Kuffhäuser und Unstrut-Tal zwölf wichtige Fundstätten entdeckt und schreibt darüber: „Mitteleuropa hat heute schon mindestens ein Duzend wichtiger Altsteinzeit-Siedlungen, von denen man bislang leider nichts gewußt hat. Interessiertheit ist schuld daran, wenn Eisenbahndämme, Chaussees und Straßen mit den schönsten Feuersteinwerkzeugen belegt, und wenn seit mehr als 15 Jahren von den herrlichsten Fundplätzen solche Stücke waggonweise abgefahren worden sind. So sammelte ich am 28. August d. J. auf der Bahnstrecke in Heitstede ein Reiches heroerogend gut gearbeiteter Altsteinzeitkunde. Und die Bahndämme von Halle bis Kassel und alle Seitenwege bergen zerstreute Schätze altsteinzeitlicher Materialen, wie sie in Frankreich, in der Dordogne, nicht besser und wichtiger zu finden waren. Die Riesgrube „Haldahn“ bei Lentschenthal (Halle a. d. S.) ist meines Erachtens eine Paläolithsiedlung von außerordlicher Bedeutung; sie stellt sich würdig den mir entrisenen Fundplätzen Südwestfrankreichs an die Seite. Hoffentlich werden die Annahmen Hausers bestätigt.“

Erkennführungen der Woche. 1. Neues Volkstheater: Die Wildente. Schiller-Theater: Keine Frau, die hellen. 2. Neues Volkstheater am Zoo: Das ewig Mannliche. Schauspielhaus: Theater i. d. Königgräzer Str. 3. Neues Volkstheater: Donau. Montag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend: „Unser schönes Riesengebirge“.

Der freie Tag im Schlossmuseum. Um der immer zunehmenden und von der Polizei beanstandeten Ueberfüllung des Schlossmuseums an dem bisher eintrittsfreien Mittwoch abzuwehren, soll die auf weiteres am Mittwoch ein Eintrittsgeld von 1 M. erhoben werden. — Da die arbeitende Bevölkerung (sowie am Mittwoch von 9—3 das Museum nicht besuchen konnte, wird sie nicht allzu stark von dieser Maßregel getroffen. Warum läßt die Verwaltung nicht zwei freie Tage ein, wenn einer überfällt ist? Hier später, wenn der Strom der Besucher sich verlaufen hat, muß aber auch der Sonntag, der einzige Tag, der für die Masse als Besuchsstag in Frage kommt, frei sein.

Tanzmatinee. Solche Rezitiven, der zurzeit ein Musikspiel als Joseph in der Staatsoper absolviert, gibt am 9. Oktober in den Kammerhallen eine Matinee.

Gastspiel Michael Bohnen. Im Deutschen Opernhaus eröffnet am 15. Oktober Michael Bohnen ein auf fünf Abende berechnetes Gastspiel als Repetto in Camada, Margarete. Die weiteren Gastspiele sind: Dienstag, den 18.: Die Feilerjäger von Rürnberg (Danz Sachs); Sonnabend, den 22.: Margarete (Repetto); Mittwoch, den 26.: Wallrä (Solari) und Sonnabend, den 29. Oktober: „Lessa“ (Eccaripa). Der Verkauf beginnt Sonntag, den 9. Oktober.

Deutsche Opera in New-York. Das Metropolitan Opera House kündigt an, daß es wieder deutsche Opern aufführen werde. Amerika hat es also glücklich dahin gebracht, als letztes Land den kaiserlichen Bogelott gegen den deutschen Aufführungs zu brechen.



# Gewerkschaftsbewegung

## Der Achtstundentag im Leunawerk.

Der amtliche preussische Pressedienst bemüht sich, die in verschiedenen Zeitungen gebrachte Nachricht, die Leunawerke in Merseburg verließen den Achtstundentag, als irrig darzustellen und berichtet darüber:

Die Leunawerke haben im Februar dieses Jahres bei den Schichtarbeitern der chemischen Industrie die 48-Stunden-Arbeitszeit eingeführt. (Soll heißen: die 48-Stunden-Arbeitswoche, D. Red.) In allen chemischen Industrien arbeiten die Schichtarbeiter 56 Stunden. (Wiso an sieben Arbeitstagen, auch am Sonntag, acht Stunden.) Die Leunawerke haben nun beschlossen, vom nächsten Montag ab wiederum bei den Schichtarbeitern der chemischen Industrie die 56-Stunden-Arbeitszeit einzuführen, die in dem Reichsarbeitsvertrag vorgesehen ist, wie in dem Entwurf zum Reichsarbeitsgesetz (1). In dem Achtstundentag wird nichts geändert (1). Diese 56stündige Arbeitszeit gilt demnach nur für die Schichtarbeiter in der chemischen Industrie. Hiermit entfallen alle weiteren Bemerkungen der Zeitungen, die die Nachricht verbreiten, daß in den Leunawerken der Achtstundentag durchbrochen worden sei.

Nein, der Achtstundentag ist nicht durchbrochen, gewiß nicht. Nur die Arbeitswoche ist von sechs Tagen auf sieben Tage verlängert — weiter geht's nicht mehr — und die im Februar von 56 auf 48 Stunden verkürzte Arbeitswoche wird jetzt wieder um 8 Stunden verlängert, von 48 auf 56 Stunden. An den sechs Tagen der Arbeitswoche muß viermal neun Stunden und nur zweimal in der Woche 10 Stunden gearbeitet werden, um auf 56 Stunden zu kommen. Ob die Vertretung der Arbeiterschaft des Leunawerks um ihre Zustimmung zu dieser Verschlechterung durch Verneinung der Arbeitstage auf sieben oder durch Ueberstreichung des Achtstundentags — wie man es nehmen will — befragt wurde, ob sie sich damit einverstanden erklärte oder nicht — ob nach dem Grundgesetz verfahren wurde: der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen, über all das schweigt sich der Pressedienst aus. Dafür verweist er auf einen Gesetzentwurf, der in der vorliegenden Gestalt sicherlich nicht Gesetz werden wird. Trotzdem der Geist dieses Entwurfs nahe verwandt ist mit dem, der diese amtliche Richtigkeit charakterisiert.

## Drohender Streik im Glas- und keramischen Großhandel

Im Glas- und keramischen Großhandel stehen die Arbeiter seit einiger Zeit in der Lohnbewegung. Durch Schiedspruch vom 6. Oktober 1921 wurde den Arbeitern eine nur außerordentlich geringfügige Lohnerhöhung zugesprochen. Sollten die Arbeitgeber nicht erheblich über diesen Schiedspruch hinausgehen, den Wünschen der Arbeiterschaft entgegenkommen, wird die morgen vormittag im Gewerkschaftshaus stattfindende Volksversammlung aller Wahrscheinlichkeit nach den sofortigen Streik beschließen.

Wir erachten es im Interesse des Wirtschaftsriedens für notwendig, daß der Arbeitgeberverband des Großhandels seinen Widerstand gegen die Bewilligung höherer Löhne aufgibt und noch im letzten Augenblick den schon fast unvermeidlichen Kampf dadurch aus der Welt schafft.

## Der Streik in der Chirurgiemechanik

Das Tarifabkommen der kaufmännischen Angestellten der Branchen Chirurgiemechanik, Laboratoriumsapparate und Dentaldepots war am 31. Mai d. J. abgeschlossen. Direkte Verhandlungen mit den Arbeitgebern verfruchteten sich, deshalb mußte der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin einen Schiedspruch fällen (14. Juli er.), welcher den Lehrlingen und jugendlichen Angestellten 10 Proz. und allen übrigen Angestellten 12 Proz. Gehaltserhöhung bringen sollte. Die Arbeitnehmer nahmen den Schiedspruch an, die Unternehmer lehnten ihn ab. Der Demobilmachungsausschuss, vor welchem Einigungsverhandlungen stattgefunden hatten, lehnte die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches ab. Nunmehr reichen die Angestellten durch ihre Spitzenorganisationen gleichlautende Forderungen ein, über die in der letzten Septemberwoche verhandelt werden sollte. Doch die Unternehmer erklärten, erst in der zweiten Oktoberwoche dürfte es möglich sein, einen Verhandlungstermin festzusetzen.

Nunmehr greift der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin von Amts wegen ein. Über die Unternehmer schaltierten weiter. Die Angestellten waren durch diese Haltung ihrer Arbeitgeber so erbittert, daß sie ihre Organisationen dringend ersuchten, nunmehr zum Streik zu greifen. Eine Branchenversammlung beschloß, am

2. Oktober über den Streit abzustimmen. Über 90 Proz. aller Angestellten stimmten für den Streik. In den Geschäften dieser Branchen werden teilweise außerordentlich viel Beihilfen beschäftigt. Wiederholt hatten sich die Arbeitgeber geweigert, für diese tarifliche Gehalts- und soziale Bestimmungen zu treffen. Nur durch das einmütige Einschreiten der Verhandlungskommissionen wurden im Tarifvertrage die Beihilfen ebenfalls berücksichtigt. Die Arbeitgeber schreien nun Heier und Wardo, daß die älteren Angestellten die jugendlichen Kollegen nicht in die Beihilfen hineinlassen. Es ist dieses verständlich, wenn z. B. bei einer kaufmännischen Belegschaft von 60 Personen etwa die Hälfte Beihilfen sind.

## Vereinbarung in der Schallplatten-Industrie.

Die Musikschallplattenarbeiter Groß-Berlins, eine Gruppe des Verbandes der Fabrikarbeiter nahmen in ihrer Gruppenversammlung Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgebern, über das der zweite Bevollmächtigte Räder berichtete. Danach bewegen sich die Zulagen für Männer über 21 Jahre von 1 Mk. bis 1,35 Mk., für Frauen über 18 Jahre von 0,60 Mk. bis 1 Mk. pro Stunde. Mehrere Redner kritisierten das geringe Zugeständnis der Arbeitgeber und besonders, daß die neuen Vereinbarungen bis zum 15. Dezember 1921 Geltung haben sollen. Sie sprachen die Erwartung aus, daß die Arbeitgeber, wenn es die wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern, auch vor Ablauf der Vereinbarung in neue Lohnerhöhungen willigen. — Unter dieser Voraussetzung wurde dem Abkommen zugestimmt.

## Die Schups im Residenz-Kasino.

In diesem Lokal, Blumenstr. 10 in Berlin, sind Arbeitsmüdigkeit. Zu deren Schutz, vielmehr zum Schutz des Betriebes, befindet sich im dritten Stock des Hauses eine Wache der Schuppolizei. Der menschenfreundliche Geschäftsführer des Lokals ist sehr besorgt darum, daß die dort stationierten Beamten keinen Durst leiden. Am letzten Sonntag muß er sie besonders reichlich mit Bier und Branntwein gelabt haben. Denn als ein Theaterbesucher sich vor dem Hause kurze Zeit mit zwei Bekannten unterhielt, kam von oben die ganze köstliche Ueberladung aus dem Fenster des Quartiers der Wacht im Residenz-Kasino. Die drei untenstehenden Personen stellten die Geschichte in der ersten Bestürzung für einen Spuk; aber der am meisten betroffene Theaterbesucher merkte nur allzu deutlich den Spuk auf seiner Kleidung. Er hält einen Schup für notwendig vor derartigen Bestrafungen durch die Schuppolizei. Die Klingelstange vom Portier zur Wache im Residenz-Kasino ist offenbar nur dazu eingerichtet, daß dieser die Wache, nicht aber auch dafür, daß diese den Portier im Notfall alarmieren kann.

Seit Jahr und Tag kommen fast bei jedem Streik Klagen darüber, daß die Schuppolizei öfter in den Räumen der bekreiteten Unternehmer untergebracht und von diesen mit Getränken, Zigarren usw. traktiert wird. Eins bringt das andere mit sich. Es bedeutet aber eine stark Beeinträchtigung der Mannschaften gegen die Streikenden. So weit kann die Freundschaft für die Unternehmer nicht gehen, daß ihnen die Schuppolizeibeamten zur Bearbeitung ausgeliefert werden. Die Wirkung kann unter Umständen etwas schlimmer sein als der Unfall im Residenz-Kasino.

Zur Lohnbewegung der Vorwerker, Heizer, Jahrsstufsführer, Delektroführer und Reinemachefrauen in Geschäften und Industriehäusern ist herangezogen, daß der Schlichtungsausschuss vom 3. Oktober ab eine Erhöhung der Löhne für Fabrikportierern um 12,50 Mk. für Hauswarte, Fahrstufsführer, Heizer und Priocwächter um 50 Mark wöchentlich festgesetzt hat. Die Funktionäre der Branche werden Sonntag vormittag 10 Uhr, Rosenthalerstr. 11/12, zu dem Schiedspruch Stellung nehmen.

In der Branchenversammlung am Dienstag abend 6 1/2 Uhr, Rosenthalerstr. 11/12, erfolgt die Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches. Wegen der Wichtigkeit der Lagerordnung ist das Erscheinen aller organisierten Berufsangehörigen erforderlich. Ohne Mitgliedsbuch oder Karte kein Eintritt.

Die Lohnstreiklisten der Bauarbeiter und Zimmerer im südbayerischen Banngewerbe sind besetzt worden. Bei den Verhandlungen nahm der Ministerpräsident die Gelegenheit wahr, mit der beteiligten Arbeiterschaft in Führung zu treten. Er legte dar, welches lebhaftes Interesse er einerseits am Wohlergehen der Arbeiterschaft nehme, wie er andererseits aber auch die Auffassung vertritt, daß es Ehre und Pflicht des deutschen Arbeiters sei, am Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens tatkräftigen Anteil zu nehmen.

Gegen die Ausbeutung der Kohlen. Der Verband der Bergarbeiter in Polen beschloß die Forderung der Ribbestimmung über die Verteilung und die Preise der Kohlen, weil angeblich die Kohlenproduzenten und Spekulanzen die Kohlennot ausbeuteten, um die Preise möglichst hochzuschrauben. Es sei nicht ausgeschlossen, daß infolge der Erhöhung der Kohlenpreise ganze Industriezweige auf den weiteren Bezug von Kohle verzichten müßten.

Die Farbwerke in Höchst a. M. und die Kunstseidefabriken Kellterbach bleiben weiter geschlossen. Die Stadtverordnetenversammlung von Höchst bewilligte weitere 250 000 Mk. zur Unterstützung der Ausgesperrten. In Kellterbach waren nur 64 gegen 682 Stimmen für Wiederaufnahme der Arbeit. Die Firma Siemens-Elektron nimmt am Montag den Betrieb wieder auf.

Der Generallstreik in Hufum ist ebenso wie der Transportarbeiterstreik beendet. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Die streikenden Textilarbeiter Nordfrankreichs haben sich jetzt bereit erklärt, bei einer vorläufigen Lohnherabsetzung von 5 bis 10 Centimes die Stunde die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeitgeber hatten ursprünglich eine Herabsetzung von 20 Centimes verlangt.

Ungefallte des Siemens-Kongress. Sonntag 9 1/2 Uhr Versammlung in der Neuen Welt, Gajendheide. Die Bewegung in der Metallindustrie.

# Wirtschaft

Keine preussischen Bergwerksaktien für die Böcse. Entgegen anderen Nachrichten teilt das preussische Handelsministerium mit, daß niemals die Absicht bestanden habe, bei einer etwaigen Umwandlung des preussischen staatlichen Bergwerksbesitzes in Aktiengesellschaften einen erheblichen Teil der Aktien der neuen Gesellschaften in den Börsenverkehr zu bringen.

Ein sowjetrussischer Ledertast. Im Gouvernement Kiew werden einige große Leder- und Gerbstofffabriken zu einem staatlichen Trust vereinigt, der nach dem Muster des schon bestehenden Trusts der Leinenindustrie gestaltet werden soll.

Französische Saarkohlen für Ungarn. Die staatliche französische Kohlenverwertung hat nach der „Dena“ mit Ungarn ein Abkommen getroffen, wonach sie in einer Periode von sechs Monaten 1000 Waggons Saarkohlen an die Budapestener Gaswerke liefern wird, die auf diese Weise nicht mehr von den Kohlenlieferungen aus der Tschechoslowakei und Oberschlesien abhängig sind. Das Salutarisiko tragen zur Hälfte die Franzosen.

AGG-Porzellanfabrik Rosenthal. Zwischen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Porzellanfabrik Ph. Rosenthal u. Co. N. B. wurden im Hinblick auf die der AGG. gehörige Porzellanfabrik zu Hennigsdorf und die Elektrotechnische Porzellanfabrik des Rosenthal-Kongressvereinbarungen getroffen, welche bezwecken, durch den Austausch der gegenseitigen Erfahrungen eine Hebung der Produktion sowohl der Qualität wie der Menge nach zu erreichen. — Die AGG. ist an der Porzellanfabrik Rosenthal finanziell stark beteiligt.

Die Genossenschaftsbewegung im August. Das Genossenschaftstreffen hat auch im Monat August sich weiter ausgedehnt. Die Gesamtzahl der Genossenschaften hat sich weiter erhöht, wenn auch nicht so stark wie in den früheren Monaten dieses Jahres. Es wurden im August 318 neue Genossenschaften gegründet gegen 352 im Juli, aufgelöst wurden gleichzeitig 145, also ebensoviel wie im Juli, so daß sich der Bestand der Genossenschaften von 46 469 auf 46 642 Ende August hob. Den größten Anteil an den Neugründungen haben die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die in der letzten Zeit besonders stark zunehmen. Von ihnen sind im August 99 Wertgenossenschaften gegründet worden, darunter 83 Elektrizitätsgenossenschaften. Außerdem wurden 19 Rohstoffgenossenschaften und 11 Produktgenossenschaften neu angemeldet. Die Zahl der Konsumvereine ist um 13 zurückgegangen, jedoch ist das kein Zeichen für einen Rückgang der Konsumgenossenschaftsbewegung, da ein Teil der Aufzählungen auf Zusammenschlüsse zu Bezirkskonsumvereinen zurückzuführen ist.

Rezepte für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; Dr. Kuntze; Dr. Giese, Berlin; Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin; Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin; Lindstedt, Z.

**GOLD-SILBER-PLATIN**  
Kauf  
Süßer-Zentrale  
Gutzkowskystr. 13

Wo laß ich meinen Wagnis machen?  
Wer garantiert f. gut. St. u. Verarbeitung?  
Mag Motel, Schneidermeister  
Neudöln, Ringbahnstraße 88 :: Tel. 909  
Elektrom. für höchste Glanzarbeiten.  
Witz Wintermützen u. Handstricken. 1208\*

**Pelz-Haus**  
**abuco**  
Leipziger Str. 55  
Zahlungsverleicherung

**Metall-Bettstellen**  
Kinderwagen, Bettfedern, Korbmöbel  
Fürst, Neukölln  
Hermannstraße 38  
Ecke Manlower Str.  
Fabr. f. Rubebett, Auflegematr. u. Feldbetten

Ungebrochen enorm billig  
**Rohre**  
1. u. 1 Zoll 6 Mark ufo.  
ergibt 9 40 R. J. Meyer,  
Ing.-Regenanl. Langestr. 110

**Billig und gut**  
kaufen Sie ihre Herrengarderobe bei  
**Löffler** Rosenthaler Str. 66  
Nähe Rosenthaler Pl.  
Anzüge v. m. 325, Paletots v. m. 350 an  
Anfertigung in eigener Werkstatt

# Für den Schulanfang

**Schreibwaren**  
Schreibhefte in Qual. 16 Blatt, 1100 Stück 100  
Zeichenhefte großes Format . . . Stück 170  
Schiefertafeln prima Schiefer . . . Stück 675  
Schiefertafeln prima Schiefer, lackierter Rahmen . . . Stück 1050  
Schüler-Etuis gefüllt . . . von 175 an  
Schüler-Etuis Rindleder . . . Stück 1200  
Federkästen aus Holz . . . von 75 Pl. an  
Schulfederhalter u. Bleistifte verschied. Preislagen  
Schultuschkästen in Blech, 7 Grundfarben 445

**Lederwaren**  
Schulmappen für Mädchen u. Knaben aus extra starkem Rindleder . . . 125.00 120.00  
aus Kunstleder mit Ledereinfassung 38.00 54.00  
aus Sezeiltuch u. Manchester 69.50 56.00 42.00  
Kinderfrühstückstaschen 9.75 8.95 6.95  
Kinderfrühstückstaschen Prima Rindled. 11.00  
schwarz und braun m. Ledergriff u. Schienen in verschiedenen Aust. 82.00  
Büchertaschen m. Ledergriff u. Schienen in verschiedenen Aust. 48.50  
Aktenmappen Volleder . . . . . 95.00  
Aktenmappen Rindleder . . . . . 120.00  
Handarbeitstaschen . . . von 3.95 an

**Kleider**  
Kinderkleid in allen Größen, hübsche karierte Muster, Gr. 65 79.50  
in allen Größen u. verschied. Farb. m. reich. Garnier, Gr. 60 89.50  
Schöten, in allen Größen u. viel. Farbmustern, Gr. 60 139.50  
Blusenform, 1. eieg. Ausfüh. und allen Größen, Gr. 60 149.50  
**Anzüge**  
Knaben-Anzüge guter Stoff 115.00 93.00 75.00  
Knaben-Anzüge Sport-Passon 185.00 163.00 118.50  
Knaben-Mäntel u. Pyjaks 145.00 100.00  
Knaben-Schulhosen 45.00 25.00 25.00

**Schuhwaren**  
Ein Turnschuhe m. Chrom- u. Leder-Posten 14.50  
Turnschuhe braun, m. Ledersohle, u. Fleck. 30/42 27.50, 31/35 29.50, 27/30 23.50  
Kinderstiefel Prima Leder, Ledersohlen, Stoffeinsatz, Or. 27/30 Paar 28.50  
Warme Schuhe mit Leder- und Linoleumsohlen, ganz besond. billig  
Einlegesohlen + Unternähsohlen  
Gummiabsätze + Schuhcreme  
zu billigen Preisen  
**Schul-Schürzen + Schul-Hüte**

• Am Mittwoch, den 12. Oktober, bleibt unser Geschäft geschlossen •

**H. Joseph & Co., Neukölln, Berliner Str. 51-55**